

Eckpunkte einer strategischen Allianz von Gewerkschaften und NGOs zum Thema „Corporate Accountability“ in Deutschland

Schriftliche Fassung eines Impulsreferates vom 29.11.2005 auf der „Corporate Accountability“-Tagung vom Global Policy Forum, terre des hommes, DGB-Bildungswerk u. WEED. Dieser Text u. weitere Beiträge der Tagung werden Anfang 2006 in der Konferenzdokumentation veröffentlicht. Infos unter: www.globalpolicy.org/eu/index.htm

*Peter Fuchs (WEED e.V.)**

1. Hauptthesen und Hintergrund

Inspiziert von einigen interessanten Entwicklungen im europäischen Ausland (vgl. den Beitrag von Cornelia Heydenreich) möchte ich zur zukünftigen Arbeit von NGOs und Gewerkschaften in Deutschland zum Thema ‚Corporate Social Responsibility‘ die folgenden Thesen zur Diskussion stellen:

1. Die zerfaserte deutsche Corporate Responsibility & Accountability–Szene braucht eine bessere und handlungsfähige Vernetzung als deutsche „CSR/Corporate Accountability-Plattform“ (Arbeitstitel: CORA-Netzwerk).
2. Wir brauchen eine gemeinsame mittel- & langfristige Strategie für eine Diskursverschiebung weg von der ‚Freiwilligkeitsideologie‘ beim Thema CSR und hin zu einer neuen politischen Agenda mit verbindlichen Corporate Accountability-Maßnahmen.

Nur kurz zum Hintergrund meiner Überlegungen: Die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ausgangslage unserer Arbeit lässt sich derzeit u.a. mit den folgenden Begriffen charakterisieren: Wir haben es beim Thema ‚Corporate Responsibility‘ nicht etwa nur mit Entgleisungen und punktuellen Fehlhandlungen einzelner Unternehmen zu tun, welche durch freiwillige Vereinbarungen der Firmen oder singuläre Initiativen von NGOs oder Gewerkschaften korrigiert werden könnten. Vielmehr erleben wir im globalen Kapitalismus – und somit bei den allermeisten Unternehmen, nicht etwa nur bei einigen ‚schwarzen Schafen‘ – eine fortgesetzte organisierte Unverantwortlichkeit im Kerngeschäft. Diese zeigt sich u.a. in der Globalisierung nicht-zukunftsfähiger Produktions- und Konsummuster und in zunehmend ungerechten Verteilungsverhältnissen. Skandalisierbare Missachtungen von Menschenrechten oder Umwelt- und Sozialstandards durch Unternehmen sind insofern nur die Spitze eines Eisbergs voller systemischer Probleme. Wirtschaftliches und politisches Agieren wird vermehrt von Entscheidungen auf den Finanzmärkten getrieben („Shareholder Value“-Kapitalismus). Öffentliche, demokratisch bestimmte Räume werden finanziell und politisch ausgetrocknet. Transnational aktive Konzerne erleben einen Machtzuwachs und nutzen diesen aus, um sowohl innerbetrieblich (Erpressung von Belegschaften) als auch wirtschaftspolitisch ihre Interessen durchzusetzen. Führende staatliche und internationale Institutionen arbeiten Hand in Hand mit Unternehmen und ihren Verbänden am neoliberalen Projekt der Globalisierung. Zu Recht spricht daher die kritische handelspolitische Szene von der „Konzernagenda“ in der internationalen Handels- und Investitionspolitik (Deckwirth 2005).

Wenn NGOs und Gewerkschaften dieser Entwicklung etwas entgegensetzen wollen, sollten sie in ihrer Arbeit weniger von einer ‚sozialen Verantwortung der Unternehmen‘ (CSR) als von einer gesellschaftlichen Rechenschaftspflicht und Kontrolle der Unternehmen (Corporate Accountability) ausgehen – und sie als Teil eines Kampfes um eine alternative Globalisierung, d.h. eine gerechte und demokratische Weltwirtschaftsordnung verstehen.

* Der Autor Peter Fuchs ist Dipl.Volkswirt u. Sozialökonom und Mitarbeiter bei Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V. (WEED). Ein besonderer Dank geht an Petra Borrmann für ihre Mitarbeit an diesem Text.

In einem sehr lesenswerten Beitrag hat Peter Utting vom United Nations Research Institute for Social Development (UNRISD) hierzu eine hilfreiche Verortung der CSR- und Corporate Accountability-Aktivitäten in den drei derzeit widerstreitenden großen politischen Reformagenden vorgenommen. Er schreibt:

“Indeed, one way of characterizing and distinguishing the CSR and corporate accountability agendas is in terms of how they relate to three of the principal reform agendas of the contemporary era, namely neoliberalism, embedded liberalism and progressive variants of alternative globalization. The CSR agenda straddles both the neoliberal and embedded liberalism camps. To the extent that it works within the framework of economic liberalization and corporate-led globalization, the agenda is more palliative than transformative. The corporate accountability agenda also has one leg in the embedded liberalism camp, as is evident in the promotion of initiatives involving standard-setting, code implementation, monitoring and certification - or ratcheted-up variants of CSR. But it has another leg grounded in the anti- or alternative globalization camp where issues of redistribution, empowerment, participation and legalistic regulation of markets and corporations assume centre stage.” (Utting 2005: 42)

Wenn kritische zivilgesellschaftliche Akteure hierzulande die Aktivitäten zur ‚Unternehmensverantwortung‘ verknüpfen wollen mit den von Utting angesprochenen Anliegen der Umverteilung, Demokratisierung, Partizipation und der wirksamen Regulierung von Märkten und Unternehmen dürfen sie nicht in bestehenden Dialogprozessen gefangen bleiben und ihre Bemühungen nur rund um die bisher angebotenen CSR-Instrumente (Kodizes, OECD-Guidelines, Global Compact etc.) gruppieren. M.E. sollten sie verstärkt nach weitergehenden politisch-regulativen Handlungsmöglichkeiten suchen – und die entsprechenden organisatorischen und diskursiven Bedingungen dafür entwickeln.

2. CSR-Aktivitäten in Deutschland – und die Notwendigkeit ihrer (wirtschafts-) politischen Ergänzung

Anders als etwa in Großbritannien – wo sich in den vergangenen Jahren mit der CORE Plattform bereits ein breites Netzwerk mit einer gemeinsamen politischen Agenda konstituiert hat - ist die Arbeit vergleichbarer Akteure in Deutschland zu den Themen Unternehmensverantwortung und –regulierung noch sehr zerfasert und nicht durch eine übergeordnete gemeinsame politische Agenda im Sinne von mehr verbindlicher Regulierung ‚überdacht‘: Ohne Anspruch auf Vollständigkeit wären in Deutschland u.a. die folgenden Initiativen zu nennen:

- konzernbezogene Aktivitäten und Kampagnen wie z.B. die Kritischen Aktionäre, die Coordination gegen Bayer-Gefahren, die Lidl-Kampagnen von Verdi und von attac
- sektorspezifische Kampagnen wie die ‚Kampagne für saubere Kleidung‘, die BUKO-Pharma-Kampagne, die Bananen- oder die Spielzeugkampagnen
- der gewerkschaftliche Arbeitskreis zu CSR
- die informelle Koordination der Gruppen und Gewerkschaften zum Instrument der OECD-Guidelines
- die Arbeiten des Forums Menschenrechte und anderer zu den UN-Normen für multinationale Unternehmen
- der Runde Tisch Verhaltenskodizes
- umweltpolitische Aktionen und Kampagnen (kritische Arbeit u.a. zu Atom, Genfood, Pestiziden, zur Öl-, Auto- und Chemieindustrie u.v.m.)
- verbraucherpolitische Arbeit und Tests (Verbraucherinitiative, CSR-Tests der Stiftung Warentests)
- Anti-Lobby-Aktivitäten und kritische Arbeit zur „Konzernagenda“ bei umwelt-, handels-, wirtschafts- und investitionspolitischen Themen
- die Arbeit von attac, dem Tax Justice Netzwerk, von Gewerkschaften und anderer zur Unternehmensbesteuerung

- kritische entwicklungspolitische Initiativen zu Public Private Partnerships, zu Privatisierungsprojekten sowie zur deutschen Außenwirtschaftsförderung.

Sicherlich wäre es unnötig und nicht sinnvoll, all diese Aktivitäten vernetzen oder gar wirksam koordinieren zu wollen. Dies würde unverhältnismäßig viel Zeit und Ressourcen verschlingen, an den Interessen und Kapazitäten vieler Organisationen vorbeigehen und häufig auch keine besondere Vorteile für die öffentliche Wahrnehmung einzelner Anliegen bringen. Woran es aber m.E. fehlt, ist ein locker institutionalisiertes Netzwerk, in dem ein themen- und sektorübergreifender politischer Forderungs- und Handlungskatalog für eine gemeinsame Corporate Accountability-Agenda in Deutschland formuliert werden kann und welches dann gegenüber der Öffentlichkeit, gegenüber politischen Entscheidungsträgern in Parlament und Regierung sowie auf der europäischen Ebene gemeinsam auftritt.

3. Vorschlag: Aufbau einer gemeinsamen Plattform zu ‚Corporate Accountability‘ und die Entwicklung gemeinsamer politischer Kernforderungen

Mein Vorschlag ist daher, dass NGOs und Gewerkschaften im Laufe des Jahres 2006 versuchen, hierzulande eine gemeinsame politische Plattform zu CSR und Corporate Accountability aufzubauen. Dazu wäre in einem ersten Schritt zu prüfen, ob ein genügend großes Interesse und Engagement bei den in Frage kommenden Akteuren aus der Umwelt-Gewerkschafts-, Verbraucher-, Menschenrechts-, Entwicklungs-, Kirchen- und globalisierungskritischen Szene für eine solche Vernetzung vorhanden ist.

Dann wäre die Verständigung über eine gemeinsame inhaltliche Position und ein Forderungsbündel mit verbindlichen Corporate Accountability-Maßnahmen anzugehen. Wenn sich dabei eine Verständigung zu einem Grundlagendokument über Corporate Social Responsibility – etwa in Anlehnung an den ‚CSR Frame of Reference‘ der niederländischen Plattform (Coalition of Dutch CSO’s & Trade Unions 2003) – als zu schwierig erweist, sollte die Zeit und politische Energie stattdessen eher für eine Einigung über politische Forderungen und gemeinsame Aktivitäten genutzt werden.

Mögliche politischen Forderungen einer deutschen Corporate Accountability-Plattform könnten sich auf die folgenden Themen beziehen:

- Öffentliches Beschaffungswesen: Rund 1.500 Milliarden Euro werden in den Staaten der Europäischen Union für das öffentliche Beschaffungswesen aufgewendet. Geld, das für sozial-, demokratie- und umweltverträgliche Energiebeschaffung, Infrastrukturmaßnahmen, Büro- und Gebäudeausstattungen und fair gehandelte Textilwaren ausgegeben werden kann. Durch eine Ausrichtung nationaler und europäischer Vergaberichtlinien zugunsten sozial- und umweltverträglicher Standards ließen sich mit Geldern der öffentlichen Hand wirtschaftliche Anreize liefern, um Unternehmen und ihre Zulieferer auf eine sozial- und umweltverträgliche Produktion auszurichten. Umgekehrt ließe sich auch die Drohung mit dem Ausschluss vom Öffentlichen Beschaffungswesen gegen all jene Firmen einsetzen, die gegen Menschenrechts-, Demokratie-, Umwelt- oder Sozialvorgaben verstoßen.
- Konzernbesteuerung: Steuervermeidung und Steuerflucht entziehen Nationalstaaten weltweit ökonomische Handlungsgrundlagen. Unerlässlich ist es daher, die Steuerverantwortung eines Unternehmens als zentrales Element von ‚Unternehmensverantwortung‘ und einer Corporate Accountability-Politik einzufordern. Analysen bestehender Steuersysteme und Reformvorschläge für gerechtere und wirksame Besteuerungsmodelle liegen seitens der Gewerkschaften (Verdi u.a.) und auch des internationalen Tax Justice Netzwerks bereits vor.
- Investitionsabkommen für zukunftsfähige Entwicklung: Bi- und multilaterale Investitionsabkommen sind – gerade für die deutsche Bundesregierung – weiterhin ein wichtigstes Instrument zwischenstaatlicher Absicherung von Konzernrechten und Marktzugänge. Diese Abkommen werden auch zukünftig – etwa im Rahmen bilateraler Verhandlungen mit Indien, dem Mercosur, den AKP-Staaten und anderen -

nicht an Bedeutung verlieren. Die bisherige Form der Investitionsabkommen schränken die wirtschaftliche und politische Entscheidungsfreiheit von Entwicklungsländern ein, leisten der Ausbeutung natürlicher sowie sozialer Ressourcen in Entwicklungsländern Vorschub und beinhalten keinerlei menschenrechtliche, soziale oder ökologische Pflichten für Konzerne und ihre Heimatländer. Das kanadische International Institute for Sustainable Development hat ein differenziert ausgearbeitetes, alternatives Modell von Investitionsverträgen für zukunftsfähige Entwicklung entworfen, welches auch in Deutschland und Europa als Alternative diskutiert und beworben werden sollte.

- Transparenz/ Berichtspflichten: Unternehmen müssen sich zur umfassenden Berichtspflicht bekennen. Verschiedene Methoden und Standards von Rechnungsprüfung und Nachhaltigkeitsreportings werden zwar durch CSR Initiativen wie der Global Reporting Initiative formuliert und vorangetrieben, berücksichtigen jedoch keine Aspekte der Bürger- oder Konsumentenrechte. Im Rahmen des Verbraucherschutzes muss mehr Transparenz eingefordert und Institutionen und Verbraucherverbände wie Stiftung Warentest müssen durch wirksame staatliche Regulierungen unterstützt werden. Darüber hinaus braucht es einen Ausbau von Informationsrechten der Bürgerinnen sowie entsprechende Sanktionen gegenüber geheimniskrämerischen Unternehmen.
- Lobbying aufdecken und zurückdrängen: Als demokratisch nicht legitimierte gesellschaftliche Akteure bauen Unternehmen durch massives Lobbying ihre finanziell verankerte, politische Einflussnahme aus. Unternehmenslobbying muss zumindest einer stärkeren Kontrolle unterliegen und hohen Ansprüchen an die Transparenz genügen. Initiativen wie Alter-EU oder Lobbycontrol haben bereits Vorschläge vorgelegt, wie durch verbindliche Lobbyregister und Verhaltenskodizes die Verlaufsspuren politischer Vorteilsnahme nachgezeichnet werden könnten. Darüber hinaus ist aber im Sinne einer Demokratisierung und Zurückdrängung von Konzernmacht nach weitergehenden Maßnahmen zu suchen, um das Lobbying wirtschaftlicher Interessensvertreter wieder aus der Politik zurück zu drängen.
- Wettbewerbsrecht: Die zunehmende Dominanz zum Beispiel von Discountern und großen Supermarktketten im Einzelhandel steht beispielhaft für einen Verdrängungswettbewerb, der auch in diversen anderen Sektoren kleinteilige und öffentliche Strukturen zugunsten von Großkonzernen aussticht. Auf der Strecke bleibt u.a. eine bäuerliche Landwirtschaft, die im Preiskampf ihre Produkte kaum über den eigenen Produktionskosten verkaufen kann sowie einen Vertriebskette, die unter dem Druck der Konzerne zu Lasten sozialer und ökologischer Standards wirtschaften muss. Zu diskutieren wären daher u.a. eine wirksame Neuregelung des Wettbewerbs- und Kartellrechts, um die ökonomische Macht von Großkonzernen wirksam einzuschränken.
- Außenwirtschaftspolitische Instrumente: Die staatlichen Instrumente der Außenwirtschaftsförderung (Exportkreditversicherungen, Investitions Garantien) sollten umfassenden und verbindlichen Umwelt- und Sozialkriterien unterliegen, zum Teil auch grundsätzlich in Frage gestellt und abgeschafft werden. Angesichts der hierzulande bereits gelaufenen – und von den kritischen Organisationen größtenteils leider verlorenen - Auseinandersetzungen um diese Instrumente ist allerdings gut zu überlegen, ob nicht zunächst andere Themen im Vordergrund der Corporate Accountability-Arbeit der nächsten Jahre stehen sollten.
- Extraterritoriales Haftungsrecht: Umweltkatastrophen, wie Atomunfälle und Havarien vor entfernten Küsten mit entsprechenden Folgekosten haben zwar zu ersten Anstößen im Umwelthaftungsrecht auf der Ebene der Europäischen Union geführt. Doch die im Jahr 2003 beschlossene Umweltrichtlinie wird nicht nur schleppend umgesetzt sondern beinhaltet auch großzügige Ausnahmeregelungen. Unternehmen die durch ihre wirtschaftlichen Aktivitäten ökologische und gesundheitliche Schäden verursachen und gegen ökologische und soziale Standards verstoßen, müssen dafür

rechtlich auch über die Grenzen Europas hinaus vor einem deutschen Gericht belangt werden können.

Sicherlich lassen sich die hier skizzierten Themen und Forderungen durch weitere Ideen und genauere Ausarbeitungen ergänzen. Ich bin gespannt, ob es uns in der kommenden Zeit gelingt, solche und ähnliche Forderungen in eine gemeinsame kritischen Botschaft zum Thema ‚Corporate Accountability‘ zusammen zu fügen – und auch die organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, dann gemeinsame politische Aufklärungs-, Kampagnen- und Lobbyarbeit auf die Beine zu stellen!

Literatur:

Deckwirth, Christina 2005: Die Konzernagenda in der EU-Handelspolitik. Zur Rolle europäischer Konzerne und ihrer Lobbygruppen in der WTO-Politik der Europäischen Union. WEED (www.weed-online.org)

Utting, Peter 2005: Rethinking Business Regulation: From Self-Regulation to Social Control Geneva (www.corporate-accountability.org/docs/UNRISD_RethinkingBusiness.pdf)

Coalition of Dutch CSOs & Trade Unions actively promoting CSR 2003: CSR Frame of Reference, Amsterdam (www.mvo-platform.nl und http://www.corporate-accountability.org/docs/CSR_frame_of_reference.pdf)

Webtip: www.corporate-accountability.org
